

Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge ostdeutscher Wissenschaftler:innen

Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung 33 (2024) 1, S. 139-151



Quellenangabe/ Reference:

Gibas, Monika Juliane [interviewte Person]; Bomski, Franziska [Interviewer]: Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge ostdeutscher Wissenschaftler:innen - In: Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung 33 (2024) 1, S. 139-151 - URN: urn:nbn:de:01111-pedocs-323390 - DOI: 10.25656/01:32339

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-pedocs-323390>

<https://doi.org/10.25656/01:32339>

in Kooperation mit / in cooperation with:



Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

<https://www.hof.uni-halle.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

die hochschule

journal für wissenschaft und bildung

1/2024

33. Jahrgang

Franziska Bomski (Hrsg.)

Inventur

**Der Personalumbau in den ostdeutschen
Wissenschaften nach 1989**



Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge ostdeutscher Wissenschaftler:innen

Monika Juliane Gibas (Leipzig)
Astrid Lorenz (Leipzig) und
Dieter Segert (Wien)
im Gespräch mit
Franziska Bomski (Potsdam)

Um ein vertieftes Verständnis für die Klage und Frustration über die Unterrepräsentation Ostdeutscher an den Hochschulen und Universitäten zu gewinnen, reichen wissenschaftliche Studien allein nicht aus. Wir sind auch auf die Auskunft von Zeitzeug:innen angewiesen, die uns aus der jeweils in-

dividuellen Erinnerung eine besondere Perspektive auf die Vergangenheit eröffnen und den objektivierenden Studien durch ihre Erfahrungsberichte eine Verankerung in der Lebenswelt verschaffen. Das Verhältnis von Zeitzeugenschaft und Wissenschaft ist dabei nicht immer spannungsfrei, jedoch mehren sich insbesondere in der analysierenden Bearbeitung des Umbruchs 1989/90 die Ansätze, individuelle Erfahrungsberichte mit historisch-soziologischen Analysen in eine konstruktive Verbindung zu setzen. Dass dies erhellender ist als subjektiv-polemische Streitschriften, zeigt unter anderem Steffen Maus Studie *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft* (2019). Auszuhalten und auszuhandeln gilt es dabei, dass nicht nur wissenschaftliche Analysen und Erinnerungen, sondern schon die Erinnerungen selbst divergieren können. Umso wichtiger ist die Berücksichtigung verschiedener Perspektiven. Neben Erfolgs- und Misserfolgsgeschichten wenig im Diskurs zu Wort gekommen sind bislang individuelle ostdeutsche Stimmen, deren akademische Karrieren 1989/1990 zwar unterbrochen, aber letztlich doch unter neuen Bedingungen fortgesetzt werden konnten. Im Folgenden berichten daher zwei Wissenschaftler:innen, deren akademischer Werdegang zu DDR-Zeiten seinen Anfang nahm, wie sich der politische Umbruch auf ihre individuellen Berufswege ausgewirkt hat. Im Austausch mit einer Vertreterin der nachfolgenden Generation, deren wissenschaftliche Sozialisation schon im vereinigten Deutschland erfolgte, wird zudem der Blick geografisch und zeitlich geweitet. Da es hier explizit um individuelle Lebensläufe, Erfahrungen und Wahrnehmungen geht, werden die

wichtigsten biografischen Stationen der Gesprächspartner:innen vorangestellt.

Gespräch mit Monika Gibas

Monika Juliane Gibas, geboren 1951 in Lutherstadt Eisleben, schloss ihr Studium der Geschichte, Philosophie und politischen Ökonomie an der Karl-Marx-Universität Leipzig 1973 als Diplomhistorikerin ab. 1978 folgten Promotion und 1990 Habilitation mit Arbeiten zur Kommunikations- und Ideengeschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland zwischen 1919 und 1939. Forschungs- und Lehrtätigkeiten übernahm sie an den Universitäten Leipzig (1973 bis 1992), Jena (2001 bis 2011) und Magdeburg (2012 bis 2017, Fachbereichsleiterin Geschichte und Öffentlichkeit). Sie arbeitete u.a. in den DFG-Projekten „Deutsch-deutsche Propagandageschichte“ und „,Deutschlands Mitte‘ als Entwurf industrieller, technischer und naturwissenschaftlicher Eliten“ mit. Sie forscht und publiziert zur deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts und ist Kuratorin mehrerer Ausstellungen zur jüdischen Geschichte in Mitteldeutschland. Von 2017 bis 2023 war sie Leiterin des Projekts „Provenienzforschung in öffentlichen Bibliotheken Sachsen-Anhalts“ beim Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband.

Bomski: Sie haben Ihre akademischen Qualifikationen in der DDR erworben – wie bewerten Sie Ihre Ausbildung rückblickend?

Gibas: 1969 habe ich in Leipzig an der damaligen Sektion Geschichte zu studieren begonnen und eine meiner ersten Vorlesungen bei Werner Berthold gehört, der mich gleich sehr beeindruckt hat. Er forschte zur Geschichte der Geschichtswissenschaften, das hat mich interessiert. Er hat mich ab dem zweiten Semester schon als wissenschaftliche Hilfskraft an seinen Lehrstuhl geholt, und ich hatte daher früh schon Einblick in die wissenschaftlichen Arbeiten des Lehrstuhls und konnte mich unter seiner Leitung qualifizieren. Ich habe 1973 mein Diplom bei Berthold gemacht und war dann Assistentin bzw. Oberassistentin an seinem Lehrstuhl. Im Februar 1990 hatte ich gerade meine Habilitation abgeschlossen (damals B-Promotion), als der Umbruch in den Universitäten begann.

Bomski: Gab es Kontakte zur westdeutschen Geschichtswissenschaft?

Gibas: Ich hatte bis 1989 keine Kontakte zu westdeutschen Historikern. Die hatte aber unser Lehrstuhlinhaber Professor Werner Berthold. Persönliche Begegnungen, an denen wir Mitarbeiter des Lehrstuhls teilnehmen konnten, gab es über seine Kontakte zu dem deutsch-amerikani-

schen Professor Georg Iggers, der an der State University of New York in Buffalo einen Lehrstuhl zur Geschichte der Geschichtswissenschaft hatte und der ihn regelmäßig in Leipzig besuchte. Es fanden dann stets kleine informelle Runden mit dem Lehrstuhl stand. Das war vor 1989 meine einzige Möglichkeit, mit Historikern aus dem westlichen Ausland ins Gespräch zu kommen. An westdeutsche Forschungen kamen Studierende mit Glück auch in der Leipziger Nationalbibliothek heran: Mit einem Propusk von einem Professor bekam man Zugang zum sogenannten Gift-Kabinett, den hat uns Werner Berthold immer ermöglicht.

Bomski: Wie verlief die Wendezeit in den Leipziger Geschichtswissenschaften?

Gibas: In Leipzig gingen Reformbemühungen vor allem von den Studenten und dem Mittelbau aus. Wir haben versucht, neue Grundsatzpapiere zu schreiben, zusammen mit den wenigen Professoren, denen wir damals vertrauten. Es war ein demokratischer Prozess in Gang gekommen, wir hatten Wahlen, in denen auch der Mittelbau seine Vertreter wählen konnte. Ich bin damals als Mittelbauvertreterin der Sektion Geschichte gewählt, aber dann ohne jede Begründung von der Liste wieder gestrichen worden. Das geschah auch dem gewählten Professor Werner Bramke. Es war also keine demokratische Wahl. Protest von Studierenden und dem Mittelbau hat insgesamt nicht viel genützt, denn in meiner Wahrnehmung trug die breite Professorenschaft diese Bestrebungen nicht mit.

Bomski: Wie hat sich der Umbruch 1989/90 auf Ihre berufliche Situation ausgewirkt?

Gibas: Von September bis Dezember 1992 habe ich weiter mein Gehalt bekommen, aber ich durfte nicht mehr lehren, sondern war in dieser Umbruchssituation sozusagen freigestellt. Im Dezember 1992 ist mir gekündigt worden. Der Rektor hat mir eine Urkunde übergeben, mir für meine Arbeit in den vergangenen 15 Jahren gedankt und mir viel Erfolg auf dem neuen Arbeitsmarkt gewünscht. Nur war der neue Arbeitsmarkt eigentlich erstmal nicht zu sehen.

Bomski: Nun galt die DDR-Geschichtswissenschaft als ideologisch besonders belastet. Sind Ihre Arbeiten und Abschlüsse aus der Zeit vor 1990 anerkannt worden?

Gibas: Nein. Wir sind natürlich auch evaluiert worden. Sofern wir schon habilitiert waren, mussten wir unsere Arbeiten bei westdeutschen Professoren neu einreichen und vor einer paritätisch ost- und westdeutsch besetzten Kommission nochmals verteidigen. Thema meiner Arbeit war

„Die Stellung der KPD zur Weimarer Republik. Historisch-politische Wertung, Demokratieverständnis und antifaschistische Strategieentwicklung im Rahmen der Komintern 1933 bis 1939“. Ich habe um die westdeutschen Gutachten gebeten, um mich vorbereiten zu können, aber das wurde nicht gestattet. Eine Kollegin und ich sind zum Rektor gegangen und haben darauf bestanden, dass er uns zumindest relevante Ausschnitte aus den Gutachten vorliest – und nicht einmal dabei durften wir uns Notizen machen.

Im Kommissionsgespräch hat mir dann einer der westdeutschen Gutachter geraten, das Kommunismus-Thema nicht weiter zu verfolgen und mich mit anderen Themen zu beschäftigen. Ganz offensichtlich gab es da Vorbehalte. Dabei hatte ich in meiner Habilitation doch gerade aufgezeigt, was in der KPD und in der Kommunistischen Internationale ab 1933 hinsichtlich des Demokratieverständnisses problematisch war.

Bomski: Sie haben das Verfahren erfolgreich überstanden, dennoch hatten sich Ihre bis dahin vielversprechenden akademischen Perspektiven auf eine feste Stelle mit der Wende plötzlich erübrigt und Sie waren stattdessen arbeitslos. Wie ging es für Sie weiter?

Gibas: Letztlich verdanke ich Werner Berthold, der mein großer Mentor gewesen ist, dass ich nach meiner Entlassung doch noch in der Wissenschaft bleiben konnte. Werner Berthold, der damals schon Emeritus war, wies uns auf das Buch *Gestylte Geschichte. Vom alltäglichen Umgang mit Geschichtsbildern* hin und regte einen jungen Kollegen und mich an, mit den drei westdeutschen Herausgebern in Kontakt zu treten, um die Möglichkeit einer Zusammenarbeit auszuloten. Und tatsächlich hat das geklappt. Die drei Herausgeber aus Freiburg waren in einer ähnlichen Situation, sie hatten auch keine Stellen an einer Universität bekommen. Wir haben gemeinsam bei der DFG ein Projekt zur deutsch-deutschen Propagandageschichte beantragt und konnten ab Januar 1993 als autonome Gruppe fünf Jahre gemeinsam ohne Anbindung an eine Universität arbeiten. Dadurch hatte ich keine größere Lücke im Lebenslauf. Und es war ein völlig neues und beglückendes Arbeiten: Wir haben zusammen in Leipzig in einer Art WG gewohnt und konnten machen, was wir wollten, uns wissenschaftlich wirklich frei äußern. Es hat uns überhaupt niemand reingeredet. Diese Erfahrung hat mir die Angst vor dem Umbruch genommen.

Bomski: Wie beurteilen Sie über Ihre eigenen Erfahrungen hinaus die Folgen des Personalumbaus für die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft?

Gibas: Das war eine Katastrophe für Mittelbau und für die meisten Professoren der Geschichtswissenschaft, nicht nur in Leipzig. Habilitierte Kolleginnen und Kollegen des Mittelbaus aus der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig hatten keine Chance auf dem neuen akademischen Arbeitsmarkt. Und das war wirklich eine Katastrophe, weil gute ostdeutsche Historikerinnen und Historiker, die schon etwas geleistet hatten, die Universität verlassen mussten. Viele haben dann Brotjobs angenommen und sind wissenschaftlich nicht wieder auf die Beine gekommen. Einige arbeiten erst jetzt, nachdem sie in Rente gegangen sind, wieder an ihren Forschungen.

Bomski: Sie selbst haben Ihre wissenschaftliche Arbeit ohne Professur kontinuierlich fortgesetzt – wie war das möglich und wie haben Sie das Forschen im neuen Kontext erlebt?

Gibas: Nach Abschluss des DFG-Projektes 1997 war ich zunächst länger arbeitslos. Ab 2002 habe ich dann an der Friedrich-Schiller-Universität Jena eine Stelle in einem Drittmittelprojekt bekommen. Professor Jürgen John, an dessen Lehrstuhl ich in Jena assoziiert war, hat mir Angebote gemacht, in welchen Projekten ich mitarbeiten könnte, aber er hat mir nie vorgeschrieben, welche Themen ich in meinen Seminaren behandeln soll. Ich habe gern mit Studenten gearbeitet, weil mir das großen Spaß macht. Mit ihnen konnte ich Ausstellungen zu historischen Themen mit lokalen Bezügen konzipieren und umsetzen, vor allem zur jüdischen Geschichte Thüringens (Ausstellung „Arisierung in Thüringen“ 2008). Insgesamt war es ein viel freieres Arbeiten. Und meine eigenen Forschungs- und Lehrinteressen, die sich immer mehr auf die jüdische Geschichte verlagerten, konnte ich ohne Widerstände verfolgen, auch dann ab 2012 an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg. So einfach wäre das in der DDR nicht gewesen. Zwar hatte ich bei Professor Werner Berthold verhältnismäßig großen Spielraum, aber der war eben trotzdem durch das politische System begrenzt. Wir können heute in der Geschichtswissenschaft das machen, was wir selbst umsetzen wollen.

Bomski: Wie beurteilen Sie rückblickend die mit der Wende verbundene Zäsur in Ihrer wissenschaftlichen Laufbahn?

Gibas: In meinem Freundeskreis waren wir anfangs natürlich wütend, weil wir hinausgeworfen worden sind und haben dagegen protestiert, auch unsere Studenten haben uns unterstützt. Aber wir haben unsere unterschiedlichen Wege gefunden, und nach über 30 Jahren hat sich diese Wut gelegt. Die gegenwärtige Frustration in der ostdeutschen Bevölkerung resultiert aus meiner Sicht nicht mehr aus den Abläufen nach der

Wendezeit, sondern aus einer Unzufriedenheit mit aktuellen Ereignissen bzw. dem politischen Umgang damit, zum Beispiel mit der Einwanderungsproblematik. Es handelt sich dabei um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das nicht spezifisch auf die Wissenschaft bezogen ist.

Gespräch mit Dieter Segert

Dieter Segert, geboren 1952 in Salzwedel, studierte Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) und an der Lomonossow-Universität Moskau. Ab 1978 war er an der Sektion marxistisch-leninistische Philosophie der HU tätig und wurde dort 1989 zum Professor berufen. Er arbeitete ab 1985 an einem Forschungsprojekt zum Vergleich der Reformen im europäischen Staatssozialismus (mit Uwe-Jens Heuer und Rosemarie Will), ab 1988 am Forschungsprojekt „Moderner Sozialismus“ (mit Michael Brie und Rainer Land), das im Herbst 1989 in eine sich reformierende SED hineinwirkte. 1993 bis 1998 hatte er eine Professur für Vergleichende Politikwissenschaft (Osteuropa) an der HU sowie Gastprofessuren in Bath und Prag inne und war anschließend Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung. Von 2005 bis 2017 war er Professor für politikwissenschaftliche Osteuropastudien an der Universität Wien. Er forscht zur osteuropäischen Transformation, zur Geschichte und zum Erbe des Staatssozialismus. Über seine Perspektive auf die Umbruchszeit 1989/90 schrieb er das Buch „Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR“ (2008).

Bomski: Wie verlief Ihre wissenschaftliche Karriere bis zum Jahr 1989 in der DDR?

Segert: Studiert hatte ich marxistisch-leninistische Philosophie, und zwar nicht aus irgendeinem Zwang von oben, sondern aus freiem Entschluss. Ich wollte mich unbedingt mit der Gegenwart und ihren Problemen beschäftigen, das führte mich zum Fach wissenschaftlicher Kommunismus. 1989 war ich mit 37 Jahren gerade zu einem der jüngsten ordentlichen Professoren der DDR berufen worden: an die Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie im Bereich des Wissenschaftlichen Kommunismus. Und genau das erwies sich wenige Zeit später für mich als unglücklich, obwohl ich eine Reform des Sozialismus unterstützt habe – sofern das aus einer Universität heraus überhaupt möglich war.

Bomski: Monika Gibas hat darauf hingewiesen, dass die Professoren in der Leipziger Geschichtswissenschaft Reformabsichten im Allgemeinen eher träge bis ablehnend gegenüberstanden. Wie haben Sie sich in der Wendezeit positioniert?

Segert: Wir hatten im Sommer 1989 ein Papier für die „Rote Woche“ geschrieben. Das war eine Einführungswoche vor Beginn des Studienjahres, in der mit den Studenten die politischen Fragen aus dem vorangegangenen Sommer besprochen werden sollten. Der SED-Kreissekretär Harry Smettan war gar nicht einverstanden mit unserem Text und wollte ein Parteiverfahren gegen die Autoren einleiten. Aber Dieter Klein, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der HU, von dem auch die Anregung zu dem Papier ausgegangen war, hat Gespräche mit uns und älteren Kollegen vermittelt. Daraus ist dann das Papier entstanden, welches im Herbst 1989 als „Sozialismusprojekt“ an der HU bekannt wurde. Wir waren zum einen der Überzeugung, dass man die Sozialwissenschaften grundsätzlich reformieren müsste, und haben im Sommer 1990 einen neuen Fachbereich gegründet. Zum anderen wollte ich die Politikwissenschaft, die es in der DDR so nicht gab, als universitäre Disziplin etablieren und war an der Gründung der Gesellschaft für Politikwissenschaft im April 1990 beteiligt.

Bomski: Sie haben dann auch als Mitglied der Struktur- und Berufungskommission (SBK) am Hochschulumbau mitgewirkt. Wie gestaltete sich die deutsch-deutsche Zusammenarbeit?

Segert: Unsere SBK hatte das Glück, dass mit Friedhelm Neidhardt ein Vorsitzender bestimmt wurde, der Wert darauf legte, dass mit den Angehörigen des neuen Fachbereichs gesprochen wurde. Er kam zu uns, und wir haben auf mehreren Versammlungen vor und während der Arbeit der Kommission miteinander geredet. Er wollte keine Integritätsprüfungen durchführen. Das sollten mal die Ostdeutschen selbst machen. Die wüssten am besten, wer integer war und wer nicht. Dennoch wurden dann für die Ostmitglieder der Kommission Beurteilungen von der Gauck-Behörde angefordert, um zu prüfen, ob diese eine reine Weste hatten, was die Stasiunterlagen betraf. Zudem musste zum Beispiel auch ich, weil ich gewählter Prodekan des neuen Fachbereichs war, vor einer im Frühjahr 1990 an der Universität gebildeten Anhörungskommission darüber berichten, was ich gemacht hatte in der SED, in der FDJ, bei den Kampfgruppen. Die Frage nach sich aus meiner Funktion ergebenden Privilegien konnte ich verneinen. Danach setzte die Arbeit der SBK ein. Neidhardt wollte von jedem, der sich auf eine der neuen Stellen bewarb, zwei Texte sehen, zu denen man auch nach dem Ende der DDR stehen konnte. Im Grunde war es eine anständige Herangehensweise des Vorsitzenden.

Eine unangenehme Methode der Arbeit der SBK muss ich jedoch erwähnen. Die Mitglieder der Kommission wurden fachlich zuletzt geprüft, also nachdem die Prüfung des übrigen Personals abgeschlossen war, das

empfand ich als eine moralische Erpressung. Aber solchen Zumutungen muss man sich wohl stellen, wenn so eine Gesellschaft zusammenbricht. Anders als zwischen 1988 und 1989 in meiner Funktion als ehrenamtlicher Parteisekretär der Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie, wo ich kein einziges Mal jemand entlassen musste, hatte ich als Mitglied der SBK nach 1990 die Mitverantwortung für viele Entlassungen zu tragen.

Bomski: Wie beurteilen Sie die Gründe für diese Entlassungen, waren sie gerechtfertigt oder zumindest nachvollziehbar?

Segert: Das Ergebnis war verheerend für viele: Von 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind 30 entlassen worden, vor allem deshalb, weil nicht mehr Stellen finanziert wurden. Es gab darunter aber auch inhaltlich problematische Entscheidungen wie die Entlassung Michael Bries, einer der begabtesten jüngeren Wissenschaftler der Sozial- und Geisteswissenschaften der DDR. Ich habe zusammen mit dem Mittelbau-Vertreter dagegen gestimmt und meine Position in einem schriftlichen Minderheitsvotum begründet. Ich empfand es als hanebüchen, dass er entlassen werden sollte, weil angeblich seine fachliche Qualifikation nicht zur neuen Fachbereichsstruktur passte. Er war im September 1990 vom zuständigen Minister der Regierung de Maizière als Professor für Sozialphilosophie berufen worden, und für dieses Fach sei an unserem Fachbereich kein Platz. Der offizielle Entlassungsgrund lautete „Mangel an Bedarf“. Aber wenn das ausdrücken sollte, ein Sozialphilosoph hätte fachlich keinen Platz an einem Institut für Sozialwissenschaften, so muss man zumindest konstatieren, dass die Profile der fachlich positiv Evaluierten, wie bei mir der Fall, ebenfalls nicht vollständig passten.

Der eigentliche Grund der Entlassung lag wohl darin, dass Brie Ende 1990 vor seinen Studierenden erklärt hatte, dass er selbst IM der Staatssicherheit gewesen war. In der offiziellen Begründung wurde das nicht erwähnt, aber Klaus von Beyme, einer der Westprofessoren, hatte uns in der Kommission ausdrücklich gesagt, dass er wegen dieser IM-Tätigkeit auf keinen Fall für Brie stimmen würde, und deswegen also wurde so entschieden. Brie konnte auf Grundlage der Entscheidung der SBK seine wissenschaftliche Karriere nicht fortsetzen, sondern baute nach befristeten Tätigkeiten als Gastwissenschaftler die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit auf. Ungeachtet dessen hat er seine wissenschaftliche Arbeit auf privater Grundlage fortgesetzt, wie man an seinen vielen Monografien, von ihm herausgegeben Konferenzbänden und Interventionen in aktuelle Debatten ablesen kann.

Bomski: Wie ging es beruflich für Sie weiter?

Segert: Vier von den 16 Professorenstellen am neugegründeten Institut für Sozialwissenschaften sollten durch Ostdeutsche besetzt werden. Ich bin im Ergebnis der SBK-Beratungen auf den ersten Platz der Liste für eine unbefristete Stelle gekommen. Aber danach sollte meine Stelle plötzlich auf fünf Jahre befristet werden. Zur Begründung zitierte der Senator aus meiner Berufungsakte für die Professur für Wissenschaftlichen Kommunismus aus dem September 1989. Es gab da Begründungen wie „Er hat ein hohes Klassenbewusstsein, folgt immer den Lehren von Marx und Engels“, denn meine Gutachter Dieter Klein, Rolf Reissig und Uwe-Jens Heuer wollten natürlich, dass ich berufen werde und nicht, dass ich vor der Parteikontrollkommission lande. Da gab es also ein kulturelles Missverständnis seitens der Senatsverwaltung.

Bomski: Sie haben schließlich einen Ruf an die Universität Wien angenommen – welche Rolle spielte Ihre ostdeutsche Herkunft dort?

Segert: Das war 2005. Im Unterschied zu den Arbeitsstellen in Deutschland nach 1990 wurde mir durch die Kolleginnen und Kollegen in Wien mein Engagement in der DDR nicht vorgehalten. Im Gegenteil, sie waren an meinen Erfahrungen aus diesen Jahren und besonders der Zeit des Herbstes 1989 sehr interessiert. Natürlich hatten mich diese Erfahrungen besonders geprägt. An der Universität Wien habe ich mich darüber gewundert, dass über den Dekan ohne einen Gegenkandidaten öffentlich abgestimmt wurde. Ich habe dann gesagt, das wurde in der DDR auch so gemacht. Aber ihr wollt doch eine andere, eine bessere Art von Demokratie haben. Dann aber müsst ihr die Entscheidungen anders organisieren. Und ich habe durchgesetzt, dass auch über den Dekan geheim und mit Gegenkandidaten abgestimmt wird. Ich hätte mich nicht so engagiert, wenn ich nicht die Erfahrungen des Herbstes 89 gehabt hätte.

Bomski: Wie beurteilen Sie rückblickend den Transformationsprozess und seine Folgen für die politische Gegenwart?

Segert: Mir scheint, dass bei der Transformation über die Integration der DDR in ein vollständig fertiges Institutionensystem die ostdeutsche Seite etwas zu kurz gekommen ist. So hat es eben einen großen Unterschied gemacht, dass die Neugestaltung der Universität letztlich nicht über die eigenen Personal-Struktur-Kommissionen (PSK), sondern durch von außen eingesetzte Struktur- und Berufungskommission (SBK) mit einer im Streitfall greifenden Stimmenmehrheit der westdeutsche Professoren erfolgt ist. Wäre nicht vorausgesetzt worden, dass das geltende westdeut-

sche Universitätsrecht unverändert auf uns ausgedehnt wird, hätte man z.B. in einem demokratischen Prozess andere, angemessenere Paritätsregelungen festlegen können. Der Prozess der Demokratisierung aus eigener Kraft hat zu kurz gedauert, die Erfahrung einer aktiven Aneignung der neuen Institutionen haben viele Ostdeutsche auf diese Weise nicht machen können. Das zeigt sich auch in der geringen Repräsentation der Ostdeutschen in den deutschen Eliten, und die damit verbundene Entfremdung schwächt die Verankerung der Demokratie. Eine autoritäre Gesellschaft, und das war die DDR, braucht so einen Prozess, in dem sie aufwacht und die Möglichkeiten hat, auch unbeobachtet von irgendwelchen Kontrollpersonen einfach mal das zu machen, was sie für richtig hält, um sich dann zu verändern.

Gespräch mit Astrid Lorenz

Astrid Lorenz, geboren 1975 in Rostock, ist seit 2011 Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. Seit 2019 ist sie zugleich Dekanin der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie. Sie studierte von 1993 bis 1998 Politikwissenschaft und Osteuropastudien an der Freien Universität Berlin. Ihre Promotion erlangte sie als Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dort war sie auch Juniorprofessorin und habilitierte sich 2008 zu „Verfassungsänderungen in etablierten Demokratien. Motivlagen und Aushandlungsmuster“. Für diese Arbeit erhielt sie den Wissenschaftspreis der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. Seit 2022 gehört sie dem Vorstand der Forschungsstelle Transformationsgeschichte an der Universität Leipzig an. Zudem ist sie Mitglied im Leitungsteam des Forschungsprojekts „„Elitenmonitor“: Personelle Unterrepräsentation der Ostdeutschen in zentralen Führungspositionen“.

Bomski: Sie gehören einer jüngeren Generation an und haben Ihre wissenschaftliche Karriere schon im wiedervereinigten Deutschland begonnen. Spielt Ihre Sozialisation in der DDR in Ihrem Berufsleben eine Rolle?

Lorenz: Bei vielen Aufgaben spielt das keine Rolle, z.B. in meiner Arbeit als Dekanin. Gerade wenn es um die Erforschung und Diskussion von postsozialistischen Gesellschaften geht, unterscheiden sich Blickwinkel aber (auch) danach, ob man einen engeren Bezug zu diesen Gesellschaften hat. Dann stellt man Fragen manchmal anders und kontextualisiert bestimmte Fakten stärker.

Bomski: In der jüngeren Forschung werden die Umbauprozesse der ost-deutschen Wissenschaft nach 1989 verstärkt auch in den Kontext der etwa zeitgleich erfolgenden Veränderungen in anderen ehemals sozialistischen Ländern gerückt werden. Wie verändert das die Perspektive?

Lorenz: In Ost- und Ostmitteleuropa gab es im Wissenschaftssystem zunächst nicht den Nachbau West wie in Deutschland. Dennoch war es in diesen Staaten auch kompliziert. Zum Beispiel gab es teilweise Überprüfungen und Aussonderungen von Personen, die im alten System politisch belastet waren. Zudem haben Wissenschaftler, selbst wenn sie ihre Arbeitsverträge behielten, oft sehr wenig Geld verdient. Über einen sehr langen Zeitraum, teils bis heute, war es deshalb Standard, dass man mehrere Arbeitsverträge hat. Viele sind daher aus freien Stücken aus der Wissenschaft ausgestiegen. Gerade im Bereich Rechtswissenschaften ist man in die neuen internationalen Kanzleien gegangen, wo gut bezahlt wurde. Nimmt man materielle Unsicherheiten in den Blick, ist in Ostdeutschland nicht das Allerschlimmste geschehen. Es gab ein soziales Auffangbecken, und wer einen Wissenschaftsjob hatte, wurde gut bezahlt.

Bomski: Das heißt also, in Vergleich zu anderen Ländern ist der Hochschulumbau in Deutschland entgegen der öffentlichen Klage wenigstens in Teilen gar nicht so schlecht vollzogen worden?

Lorenz: In den deutschen Gesellschaftswissenschaften wurden die Entscheidungen gegen die Übernahme von Personal manchmal auch als folgerichtig im Sinne des Systemumbaus und in dieser Hinsicht als fair betrachtet. Wenn umgekehrt die Bundesrepublik der DDR beigetreten wäre, wäre auch fast niemand in den Gesellschaftswissenschaften übernommen worden, kalkulierten manche. Also hängt es auch von der Vergleichsfolie ab, wie man den Umbau der Wissenschaft bewertet.

Man darf auch nicht aus dem Blick verlieren, dass es in der DDR ein System mit Vollbeschäftigung gab, in dem in vielen Sektoren mehr Menschen beschäftigt waren, als man sich das ökonomisch leisten kann. In den Neunzigern haben die Landesregierungen oder Landesparlamente der neuen Länder, die den Umbau verantworteten, sich redlich bemüht, relativ viele Hochschulstandorte zu erhalten, trotz knapper Mittel. Dies wurde auch als strukturpolitisches Element benutzt, damit Städte nicht ‚kippen‘. Später kam es dann zu Schrumpfungsprozessen im Hochschulbereich – aus Kostengründen. Das Ergebnis ist, dass es in Ostdeutschland oft kleine Hochschulstandorte mit wenigen Professuren pro Fachbereich gibt, die es schwer haben, wettbewerbsfähig zu sein und bei der Einwer-

bung von Sonderforschungsbereichen oder in den Exzellenzinitiativen kaum mithalten können.

Diese Entscheidungen wurden sehr oft von Ostdeutschen getroffen. Auch den Beschluss über die Vorbereitung zur Übernahme des westdeutschen Hochschulgesetzes fasste der DDR-Ministerrat 1990, noch vor der Einheit. Und es ging ja bei der Revolution von 1989 darum, das System einschließlich des Wissenschaftsbetriebs personell umzubauen, auch wenn dieser Prozess durch die deutsche Einheit einen ganz anderen Fahrtwind bekommen hat.

Bomski: Wie kommt es Ihrer Meinung nach zu einem öffentlichen Diskurs, der die ostdeutsche Mitbeteiligung an diesen Prozessen weitgehend ausblendet?

Lorenz: Das hat mit der Struktur der Öffentlichkeit zu tun: Wie wird berichtet über Politik und gesellschaftliche Entwicklungen in Medien, die wir alle rezipieren? Diese Berichterstattung erfolgt oft durch die westdeutsche Brille. Und wenn dann Ostdeutsche zu Wort kommen, sind es häufig dieselben Personen und dieselben Narrative. Das ist nicht hilfreich für eine inner-ostdeutsche Diskussion auch über die eigene Vergangenheit. Es trägt dazu bei, dass viele das Gefühl haben, nicht den gerechten Anteil vom Kuchen bekommen zu haben und dass die Revolution, die man selber gestartet hat, den Ostdeutschen dann entglitten ist. Gleichzeitig hat dieses Gefühl die Gesellschaft lange recht stark zusammengehalten. Über die Frage, ob und wie man politische Eliten entmachtet, die andere postsozialistische Gesellschaften auskämpften, wurde in Deutschland nicht gestritten, die Härten der innergesellschaftlichen Zerrissenheit in diesen Fragen, die andere postsozialistische ostmitteleuropäische Staaten hatten, gab es in Ostdeutschland nicht.

Bomski: Dennoch wirken die personellen Transformationsprozesse auch in Deutschland bis heute nach. Wo sehen Sie die Ursachen für die Unterrepräsentation Ostdeutscher im Wissenschaftsbetrieb?

Lorenz: Die Folgen des Wissenschaftsumbaus für die Gegenwart lassen sich nicht so einfach bestimmen, denn es haben sich in der Zwischenzeit auch viele andere Dinge geändert. Es gab neue Forschungsmoden, die bestimmte Themen und Personen begünstigten, Finanzkrisen, die zu Sparmaßnahmen führten, usw. Das heißt, man kann die heutigen Phänomene nicht ohne Weiteres auf diese eine Ursache zurückführen. Heute haben wenige Ostdeutsche Spitzenfunktionen im Wissenschaftsbereich inne. Unter den Rektoren, Leitungen großer Forschungseinrichtungen usw. sind nur 8,2 % Ostdeutsche bei 19 % Bevölkerungsanteil, auch wenn

ihr Anteil in den vergangenen Jahren gestiegen ist.¹ Aber das lag nicht direkt an den Entscheidungen zum Umbau des Wissenschaftssektors Anfang der neunziger Jahre. Bis Ende der neunziger Jahre hat im Vergleich zu Westdeutschland ein geringerer Anteil der Ostdeutschen studiert (1992 16,9 % zu 28,5 %).² In Anbetracht der allgemeinen Unsicherheit zogen viele eine Ausbildung vor. Auch trifft man selten auf so viele überqualifizierte Menschen in der Verwaltung wie an ostdeutschen Hochschulen – Sekretariatskräfte mit Abitur und Verwaltungskräfte mit Dokortitel. Viele sind in der damaligen Zeit in sichere Jobs gegangen. Dadurch standen in dieser Generation weniger Ostdeutsche für eine akademische Karriere und Führungspositionen zur Verfügung. Das Problem lässt sich nicht einfach beseitigen.

Bomski: Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem Problem zu begegnen? Wie können Forschung und Politik zur deutsch-deutschen Integration auch im Wissenschaftsbetrieb beitragen?

Lorenz: Das Positive an einer freien Gesellschaft trotz all ihrer Restriktionen, die es da natürlich auch gibt, ist die Fähigkeit zur Selbstreflexion und zum Umsteuern. Das hat auch der Bundestag fraktionenübergreifend anerkannt, deshalb ist er zum Beispiel dem Vorschlag der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ von 2020 gefolgt, ein Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation zu schaffen. Es soll fragen: Was kann man lernen aus all diesen Prozessen für die Zukunft, für ganz Europa? Wie kann man in künftigen Veränderungsprozessen mehr Menschen mitnehmen und Expertise anerkennen? Das Zentrum bietet dann eine Möglichkeit für Forschung, Dialog und Ausstellungen zu all diesen Themen und verknüpft diese Bereiche systematisch. Wissenschaft und Gesellschaft werden nicht getrennt gedacht, und mit dem erweiterten Blickwinkel auf Europa wird besser sichtbar, dass man bei Fragen wie Transformation der Hochschul- und Wissenschaftspolitik sowie Personalpolitik auch viel von den Erfahrungen in anderen Ländern lernen kann.³

¹ Vgl. <https://research.uni-leipzig.de/elitenmonitor/> (22.1.2024).

² Ebd.

³ Mehr hier: <https://www.ostbeauftragter.de/ostb-de/themen/zukunftszentrum> (22.1.2024).

Inventur

Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften nach 1989

Franziska Bomski:

Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften und seine Folgen. Plädoyer für eine Versachlichung der Debatte7

Mitchell G. Ash:

Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung. Eine „Übernahme“ mit unerwarteten Folgen.....19

Peer Pasternack:

Der Personalumbau der 90er Jahre in der ostdeutschen Wissenschaft. Differenzierungen und ihr Erklärungspotenzial37

Axel-Wolfgang Kahl:

Planvoll zur Marktordnung. Ostdeutsches Expertenwissen und akademische Eliten in der ökonomischen Transformation der DDR54

Bernd Florath:

Der Unabhängige Historikerverband und die demokratische Revolution 1989/90 in der Geschichtswissenschaft. Eine erfahrungsgesättigte Analyse70

Krijn Thijs:

Die „Ritter-Kommission“ und ihre Mitglieder. Asymmetrische Erneuerungspraktiken am Geschichtsinstitut der Humboldt-Universität (1991–1993)84

Carsten Gansel:

Literaturwissenschaft in und aus der DDR zwischen Vorwende, Wende und Nachwende. Reflexionen und Erfahrungen.....99

Sandra Schell:

Aufbrüche und Enttäuschungen im Zeichen der ‚Wende‘. Am Beispiel des Leipziger Literaturwissenschaftlers Günter Mieth112

Dorothea Horas:
 „Systemneutrale“ Naturwissenschaftler:innen als Stützen des Systems?
 Der Personalumbau an den Pädagogischen Hochschulen in
 Halle und Potsdam125

Monika Juliane Gibas, Astrid Lorenz, Dieter Segert
im Gespräch mit Franziska Bomski:
 Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge
 ostdeutscher Wissenschaftler:innen.....139

Wolfgang Schieder, Jörg Schönert
im Gespräch mit Andrea Albrecht:
 Perspektive West: Strukturanpassungen und ihre
 personellen Auswirkungen152

PUBLIKATIONEN

Peer Pasternack:
 Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945.....167
 Allgemeines und thematisch Übergreifendes (167) • Gesellschafts-/Sozial- und Geisteswissenschaften (169) • Künstlerische Hochschulen, Gestaltung und Architektur (175) • Naturwissenschaften (177) • Medizin und affine Fächer (181) • Ingenieurwissenschaften (182) • Regionales und Lokales (184)

Autorinnen & Autoren.....187

Autorinnen & Autoren

Andrea Albrecht, Prof. Dr., Professorin für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Heidelberg. eMail: andrea.albrecht@gs.uni-heidelberg.de

Mitchell G. Ash, Prof. em. Dr., Historiker, zuletzt Ordentlicher Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien. eMail: mitchell.ash@univie.ac.at

Franziska Bomski, Dr. phil., Literaturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Einstein Forum, Potsdam. eMail: franziska.bomski@einsteinforum.de

Bernd Florath, Dr. phil., Historiker, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Robert Havemann-Gesellschaft/Archiv der DDR-Opposition, Berlin. email: bflorath@web.de

Carsten Gansel, Prof. Dr., Professor für Neuere deutsche Literatur und Germanistische Literatur- und Mediendidaktik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. eMail: carsten.gansel@germanistik.uni-giessen.de

Monika Juliane Gibas, Dr. phil. habil., arbeitete als Historikerin an den Universitäten in Leipzig, Jena und Magdeburg, zuletzt 2017–2023 Leiterin des Projekts „Provenienzforschung in öffentlichen Bibliotheken Sachsen-Anhalts“ beim Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband.

Uwe Grelak M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: uwe.grelak@hof.uni-halle.de

Dorothea Horas M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Potsdam. eMail: horas@uni-potsdam.de

Axel-Wolfgang Kahl M.A., Historiker, Doktorand an der Universität Potsdam und Referent beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. eMail: axelkahl@uni-potsdam.de

Astrid Lorenz, Prof. Dr., seit 2011 Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. eMail: astrid.lorenz@uni-leipzig.de

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

Sandra Schell, Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg. eMail: sandra.schell@gs.uni-heidelberg.de

Wolfgang Schieder, Prof. Dr., lehrte von 1970 bis 1991 Neuere Geschichte an die Universität Trier und 1991 bis 2000 Neuere und Neueste Geschichte an der Universität zu Köln.

Jörg Schönert, Prof. Dr., von 1980 bis 1983 Professor für Neuere Deutsche Literatur an der RWTH Aachen und von 1983 bis 2007 an der Universität Hamburg.

Dieter Segert, Prof. Dr., von 1989 bis 1998 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und von 2005 bis 2017 Professor für politikwissenschaftliche Osteuropastudien an der Universität Wien.

Krijn Thijs, Dr., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duitsland Instituut der Universiteit van Amsterdam. eMail: k.thijs@uva.nl